

Freundschaftliche Beziehungen zwischen sowjetischen und deutschen Juristen

Anläßlich der 33. Wiederkehr des Tages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat das Sekretariat der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands an die Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Auslande (WÖKS), juristische Sektion in Moskau, folgendes Telegramm gesandt:

„Die Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands übersendet der WÖKS, juristische Sektion, zum 33. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die herzlichsten Glückwünsche. Die großen wissenschaftlichen Leistungen der sowjetischen Juristen, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus ein sozialistisches Recht entwickeln, sind uns in unserem Bemühen um die Schaffung der neuen demokratischen Gesetzlichkeit Vorbild und Anleitung.

Sekretariat der
Vereinigung Demokratischer Juristen
Deutschlands
Rechner, Neumann, Dr. Helm“

Als Antwort ist folgendes Telegramm vom 14. November 1950 eingegangen:

„Juristische Sektion der Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Ausland dankt Ihnen herzlich für Ihre Glückwünsche. Wir wünschen den deutschen demokratischen Juristen Erfolge im großen Kampf um den Frieden und um ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland.

Präsident der juristischen Sektion der WÖKS,
korrespondierendes Mitglied der Akademie der
Wissenschaften der UdSSR
Korowin“

Polnische Richterschüler schreiben an deutsche Richterschüler

Der Redaktion der „Neuen Justiz“ ging der nachstehende Brief der Schüler der höheren Richterschule in Warschau mit der Bitte zu, ihn den Richterschülern zur Kenntnis zu bringen. Der Brief ist den Richterschulen übersandt worden. Die Redaktion hält es aber für richtig, den Brief, der ein Ausdruck der immer enger werdenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem polnischen und deutschen Volke ist, auch in der „Neuen Justiz“ zum Abdruck zu bringen.

Die Redaktion

Warszawa, den 10. November 1950

Genossen und Kollegen Juristen!

Die Grundlage unseres Lebens und Handelns ist die proletarische Ideologie, die uns alle ohne Ansehen der Nation fest zusammenschließt. Vor uns stehen gemeinsame Aufgaben, die wir in der Übergangsperiode zum Sozialismus realisieren müssen. Wir bewahren und sichern den Willen der Arbeiterklasse, der in den demokratischen Gesetzen Gestalt gewinnt. Als Internationalisten stehen wir an der Seite der großen und siegreichen Sowjetunion, deren Leistungen und deren Wissenschaft uns Vorbild ist. Unsere Gesamtarbeit muß darauf gerichtet sein, die sozialistische Rechtsordnung, den sozialistischen Staat zu stärken.

Wir schreiben an Euch, die Teilnehmer der Lehrgänge an den neuen demokratischen Richterschulen, weil uns Eure Arbeit im allgemeinen und das Ergebnis Eurer Arbeit interessiert. Insbesondere interessieren uns Eure wissenschaftlichen Leistungen, weil wir wissen, daß im Zeitalter der sozialistischen Revolution alle Völker ein neues Wissen gestalten wollen. Wir jedenfalls arbeiten an der sozialistischen Wissenschaft.

Wir haben Gelegenheit gehabt, im Juli 1950 in unserer höheren Rechtsschule eine Delegation der deutschen demokratischen Juristen zu begrüßen. Diese haben unser Leben und unsere Arbeit kennengelernt. Unsere Rechtsschule trägt den Namen des großen Internationalisten Theodor Duraez. Sie trägt diesen Namen nicht zufällig, sondern deshalb, weil die Kader unserer Juristen in seinem Sinn ausgebildet und entwickelt werden sollen.

Bitte teilen Sie uns mit, was Sie aus der polnischen juristischen Literatur kennen und was Sie von der Arbeit der polnischen marxistischen Rechtsgelehrten wissen.

Mit Hochachtung!

K. Piasecki, J. Bociong

Vor einigen Minuten erhalten wir den Bericht, daß der Friedenskongreß in Warschau stattfinden wird!

Der Botschafter der tschechoslowakischen Volksrepublik besuchte die Richterschule in Babelsberg

Am 3. November 1950 besuchte der Botschafter der tschechoslowakischen Volksrepublik, Dr. F i s c h l, in Begleitung des Botschaftsrates Dr. C e r n y, des Ministers der Justiz Max F e c h n e r und mehrerer Mitarbeiter des Ministeriums der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik die Richterschule des Landes Brandenburg und die im Bau befindliche Zentrale Richterschule im Park von Babelsberg bei Potsdam.

Nach der herzlichen Begrüßung durch Minister Fechner dankte der Botschafter, wobei er die Gemeinsamkeit der Interessen und des Kampfes beider Völker für den Frieden besonders betonte.

Unsere tschechoslowakischen Freunde zeigten große Anteilnahme am Unterricht der Richterschule. Dr. Fischl ergriff beim Unterricht das Wort, stellte Fragen und diskutierte mit den Absolventen der Schule. Über den Stand der Ausbildung und die Arbeit der Schule äußerte er sich sehr lobend.

Nach der Teilnahme am Unterricht besichtigten die tschechoslowakischen Diplomaten den Neubau der Zentralen Richterschule.

Entschließung der deutschen demokratischen Juristen zur Kriegsverbrechergesetzgebung

Vor einiger Zeit konnte man in allen westdeutschen juristischen Fachzeitschriften die Entschließungen einer Tagung lesen, die in Hamburg von der sog. Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht veranstaltet worden war. Die Zeitschriften haben diese Entschließungen ohne kritische Stellungnahme abgedruckt und sich dadurch mit deren Inhalt identifiziert.

Der Redaktion der „Neuen Justiz“ waren die Entschließungen ebenfalls mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt worden. Die Redaktion hat es aber für richtig befunden, diese nicht abzudrucken, da sie Ausdruck einer politischen Entwicklung sind, die sich im Westen Deutschlands immer deutlicher abzeichnet und auf die Erzeugung einer neuen Kriegspsychose, auf die Remilitarisierung Westdeutschlands gerichtet und der von den friedliebenden demokratischen Kräften getragenen Politik der Deutschen Demokratischen Republik diametral entgegengesetzt ist.

Um so bereitwilliger wird jetzt die Entschließung veröffentlicht, die das Sekretariat der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands zu dieser Tagung gefaßt hat und die dem Sekretariat der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen übersandt worden ist. Die Entschließung bringt die Stellungnahme der deutschen Juristen zum Ausdruck, die sich in die große Front der Kämpfer für den Frieden eingereiht haben.

Auf der diesjährigen Tagung der sog. Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, die in Hamburg stattgefunden hat, ist auf Grund von zwei dieses Thema behandelnden Referaten eine Entschließung über „Die Nürnberger Prozesse als Rechtsproblem“ und über „Die ausländische Kriegsverbrechergesetzgebung“ ge-